



Gaby Straßburger | Judith Rieger (Hrsg.)

Partizipation kompakt

Für Studium, Lehre und
Praxis sozialer Berufe

BELTZ JUVENTA

Leseprobe aus: Straßburger, Rieger, Partizipation kompakt, ISBN 978-3-7799-2969-7

© 2014 Beltz Verlag, Weinheim Basel

<http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-2969-7>

Warum Partizipation wichtig ist – Selbstverständnis und Auftrag sozialer Berufe

Judith Rieger, Gaby Straßburger

„Ich will etwas Sinnvolles machen und anderen Menschen helfen“, antworten Studierende häufig auf die Frage, warum sie sich für einen sozialen Beruf entschieden haben. Doch Menschen zu unterstützen und ihnen Gutes zu tun, ist selten so einfach wie es scheint. „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.“ Diese Redewendung lässt sich auch auf soziale Berufe beziehen. Die Qualität einer sozialen Dienstleistung erwächst nicht daraus, dass eine Fachkraft in bester Absicht ein in ihren Augen hilfreiches Angebot entwickelt, sondern indem sie herausfindet, was Menschen erreichen wollen und wie sie sie dabei unterstützen kann. Die Devise für Professionelle im sozialen Bereich lautet: Nicht *für* sondern *mit* Menschen arbeiten.

Doch das war keineswegs immer so. Im Lauf der Zeit hat sich das Selbstverständnis sozialer Berufe stark verändert. Auch die Vorstellung davon, was ein Problem ist und wer die Macht hat, über eine passende Hilfe zu entscheiden, hat sich verschoben. In diesem Kapitel beschreiben wir diese partizipative Wende sowie den aktuellen Auftrag sozialer Berufe und erklären, warum Partizipation dabei eine zentrale Rolle spielt.

2.1 Die partizipative Wende in sozialen Berufen

In der Geschichte des beruflichen Helfens herrschte über Jahrhunderte hinweg eine barmherzige oder eine korrigierend-kontrollierende Haltung vor (vgl. Müller 2013): Fürsorge diente in erster Linie dazu, die gesellschaftlichen Strukturen stabil zu halten und Sonderlinge zur Anpassung zu zwingen. Wer sich nicht fügte, wurde von der Gemeinschaft ausgeschlossen. Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen, war weder erwünscht noch vorgesehen. Sie hatten kaum Einfluss auf Entscheidungen und sollten dankbar sein, dass ihnen geholfen wird. Diese Art der Hilfe und Bevormundung verschlimmerte die Abhängigkeit der Hilfebedürftigen von staatlicher Unterstützung

und verstärkte das Gefühl von Hilflosigkeit.

Fürsorge und Bevormundung

Auch heute noch stoßen Menschen, die Unterstützung suchen, oft auf Bevormundung: „Ein Obdachloser sollte sein erbetteltes Geld für Essen ausgeben, nicht für Bier und Zigaretten! Wozu braucht eine Sozialhilfeempfängerin einen Internetzugang?“

Die modernere Nachfolgerin der kontrollierenden Fürsorgepädagogik ist die paternalistische Expertokratie. Ihr entspricht die Auffassung, dass eine Fachkraft aufgrund ihrer Qualifikation besser als die Betroffenen weiß, was gut für sie ist. So erscheint es bspw. legitim, die Selbstbestimmung von Adressatinnen und Adressaten zu beschneiden, solange es deren Wohlergehen dient.

Die paternalistisch-expertokratische Haltung ist in der Praxis sozialer Berufe noch weitverbreitet und widerspricht dem partizipativen Professionsverständnis: Denn hier sind die Adressatinnen und Adressaten Expertinnen und Experten in eigener Sache, die selbst am besten wissen, was hilfreich für sie ist. Ihre Lebensweltexpertise (weitere Informationen zu Lebensweltexpertise auf Seite 25) wird als ebenso wichtig erachtet wie das Fachwissen der Professionellen.

Mit der partizipativen Wende öffnete sich auch der Blick für die Ursachen gesellschaftlicher Benachteiligung. Während früher soziale Benachteiligung und die daraus resultierenden Probleme als Merkmal einer Person oder einer Gruppe verstanden wurden, nimmt man sie heute als Effekt einer gesellschaftlichen Dynamik wahr. So ist z. B. Kinderarmut ein Problem, das die Betroffenen nicht individuell verursacht haben. Dieses Verständnis ist wichtig: Denn strukturelle Bedingungen als Ursachen sozialer Probleme auszublenden und sich nur auf die problematischen Folgen zu konzentrieren, passt weder zum partizipativen Professionsverständnis noch zum zeitgemäßen Auftrag sozialer Berufe. Fachkräfte können und sollen heute viel mehr tun, als nur die Folgen von Benachteiligung auszugleichen. Sie haben auch den politischen Auftrag, allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.



2.2 Empowerment als Auftrag sozialer Berufe

Die Aufgabenbereiche sozialer Berufe sind äußerst unterschiedlich. Auf den ersten Blick hat die Arbeit mit Menschen in einem Stadtteiltreff, in Gefäng-

nissen, auf Pflegestationen, in Freizeiteinrichtungen, in Kindergärten, in Jugendzentren, in Wohngruppen, in Beratungsstellen oder in heilpädagogischen Einrichtungen wenig gemeinsames. Doch trotz dieser Vielfalt gibt es einen gemeinsamen Auftrag: Alle sozialen Professionen treten dafür ein, dass jeder Mensch am gesellschaftlichen Leben teilhaben und sich mit seiner individuellen Art in soziale und politische Prozesse einbringen kann. Gesamtgesellschaftlich betrachtet, fördern sie ein friedliches Zusammenleben auf der Basis sozialer Gerechtigkeit.

Zu diesem Auftrag gehört es, Menschen zu unterstützen, mehr Kontrolle über ihre Lebenssituation zu erlangen, ihnen Mut zu machen und sie zu befähigen, sich für ihre Ziele einzusetzen und sich mit anderen zusammenzutun, um Missstände abzubauen. Deshalb gilt es, nicht nur Einzelne kompetenter zu machen, sondern auch kollektive Prozesse der Selbstbestimmung zu unterstützen. Mit anderen Worten: Es geht um Empowerment.

Empowerment



Der Auftrag des Empowerment erstreckt sich über vier Handlungsebenen (vgl. Theunissen 2013: 72 ff.; Herriger 2010: 86 ff.):

1. Die erste Ebene ist subjektbezogen. Einzelne sollen gestärkt werden, damit sie ihre persönlichen Angelegenheiten und Herausforderungen aus eigener Kraft bewältigen können. Das erfolgt bspw. dadurch, dass in einer Beratungssituation keine Ratschläge erteilt, sondern Ratsuchende dabei

unterstützt werden, selbst Ideen zur Lösung eines Problems zu entwickeln (siehe Bestmann, Rieger „Lösungsfokussierung – Gesprächstechniken für mehr Partizipation“, 5.1). Eine andere Möglichkeit besteht darin, mit ihnen gemeinsam Menschen aus ihrem eigenen Umfeld in die Lösungsfindung miteinzubeziehen, z. B. durch einen Familienrat (siehe Ehmcke „Der Familienrat – Ein Weg für Lösungen aus eigener Kraft“, 5.2).

2. Die zweite Ebene umfasst Gruppen. Hier geht es darum, den Aufbau von Selbsthilfegruppen und sozialen Netzwerken zu fördern, ihre Arbeit zu unterstützen und lokale Gruppierungen überregional zu vernetzen. Ein Ansatz, der dafür genutzt werden kann, ist das Partizipationscoaching (siehe Burczyk „Bürgercoaching – ein Training für mehr Eigeninitiative“, 5.3). Es bietet Menschen Räume und Gelegenheiten, um sich mit anderen zusammenzuschließen und gemeinsam Verbesserungen im Lebensumfeld zu erreichen. Das Coaching schließt u. a. Rollenspiele ein, um öffentliche Auftritte und Verhandlungssituationen zu trainieren, bis sich die Gruppe fit genug fühlt, Erfolge zu erzielen.
3. Die dritte ist die institutionelle Ebene. Sie zielt auf soziale Einrichtungen und Projekte, in denen Adressatinnen und Adressaten bestärkt werden, ihre Interessen zur Basis der institutionellen Arbeit zu machen; dieses Empowerment kann bis hin zu Veränderungen in der Grundstruktur der Institutionen führen. Ein wichtiges Instrument besteht bspw. darin, in einer sozialen Einrichtung Partizipationsrechte zu definieren und den Adressatinnen und Adressaten in bestimmten Bereichen Beteiligung zu garantieren (siehe Straßburger „Die institutionelle Verankerung von Partizipation: Strukturelle Weichenstellungen“, 3.4). So können bspw. Nutzerinnen und Nutzer in die Evaluation von sozialen Dienstleistungen einbezogen werden, wie dies in einem Projekt geschieht, in dem Menschen mit Lernschwierigkeiten und Behinderungen die Qualität von Wohn- oder Arbeitsstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen bewerten (siehe Burtscher „Nichts über uns ohne uns‘ – Partizipation und Behinderung“, 6.2.4).
4. Die vierte Ebene bezieht sich auf die gesellschaftlichen und sozialpolitischen Bedingungen: Hier gilt es, Menschen zu befähigen, auf gesellschaftliche und politische Prozesse Einfluss zu nehmen. Das kann lokale Aktionen betreffen wie die Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung einer innerstädtischen Parklandschaft (siehe Riede „Grüne Wiese statt grauer Beton – Partizipation im Städtebau am Beispiel des Berliner Gleisdreieck-Parks“, 4.4) oder sich auf regionale, landesweite oder europäische Bewegungen beziehen, wie z. B. die Proteste gegen eine gesetzliche Regelung im Asylverfahrensgesetz, wonach Asylsuchende ihren Wohnort nicht ohne Genehmigung verlassen dürfen. Ein Ansatz, der sich auf die politische

Ebene konzentriert, ist z. B. Community Organizing (siehe Renner „Gemeinsam sind wir noch stärker – Das Konzept der Bürgerplattform“, 4.5).

Ursprünge des Empowerment

„Empowerment“ leitet sich vom englischen „to empower“ („befähigen“) ab und wird mit „Ermächtigung“, „Stärkung“ bzw. „Unterstützung“ übersetzt. Der Wortstamm „power“ macht klar, dass „Macht“ ein zentraler Aspekt von Empowerment ist.

Die Ursprünge des Empowerment liegen in der Bürgerrechtsbewegung der afroamerikanischen Bevölkerung in den USA und in der radikal-politischen Gemeinwesenarbeit. Später wurde Empowerment überall dort angewendet und weiterentwickelt, wo benachteiligte Menschen für (mehr) Teilhabe an Entscheidungsprozessen kämpften.

Der Feminismus, die Selbstbestimmt-Leben-Bewegung von Menschen mit Behinderung, Selbsthilfe-Initiativen und die Praxis der Bewusstseinsbildung durch Paulo Freire trieben den Diskurs über Empowerment weiter voran (vgl. Herziger 2010: 21 ff.; Lenz 2002: 14; Pankofer 2000: 10).

2.3 Warum Partizipation zu Empowerment gehört

Partizipation spielt bei Empowerment eine wichtige Rolle. Das wird auf einigen Ebenen unmittelbar deutlich: zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse zu fördern (Ebene 2), AdressatInnen in sozialen Einrichtungen mitentscheiden zu lassen (Ebene 3) und sie zu gesellschaftspolitischem Engagement zu befähigen (Ebene 4) – das alles gehört zur Partizipationsförderung durch soziale Berufe.

Doch auch wenn es um Einzelne geht (Ebene 1), lässt sich Empowerment am besten durch Partizipation erreichen. Denn eine partizipative Arbeitsweise ermöglicht den Adressatinnen und Adressaten bereits während der Zusammenarbeit Selbst- und Mitbestimmung. Durch ein gleichberechtigtes Miteinander wird Empowerment unmittelbar praktiziert, statt lediglich Ziel der Zusammenarbeit zu sein. Man kann diese Wirkung mit einem Französischkurs vergleichen, in dem die Schülerinnen und Schüler bereits im Unterricht Französisch sprechen üben, anstatt sich nur mit Wortschatz und Grammatik zu befassen.

Wird der Prozess der Unterstützung konsequent partizipativ gestaltet, steht die Selbstbestimmung der Adressatinnen und Adressaten von Anfang an im Zentrum. Das bedeutet, im Dialog zu klären, wo ihre Interessen und Ressourcen liegen, welche Strategien zu ihrem Leben passen und schließlich

gemeinsam zu entscheiden, wie die Unterstützung aussieht. Das Fachwissen der Professionellen und das Erfahrungswissen der Adressatinnen und Adressaten haben in diesem Prozess den gleichen Stellenwert. So werden Kompetenzen trainiert, die nötig sind, um selbstbestimmt zu leben und Herausforderungen aus eigener Kraft zu bewältigen.

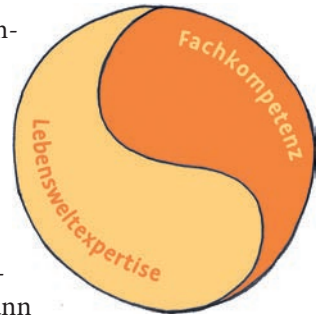
Ob es gelingt, auf Augenhöhe zu kooperieren, hängt entscheidend davon ab, wie Fachkräfte mit ihrer Macht umgehen. Da ihre Macht in der Regel viel größer ist als die der Adressatinnen und Adressaten, hat Partizipation nur dann eine Chance, wenn Professionelle ihre Position hinterfragen und den Machtvorsprung so weit wie möglich abbauen. So tragen sie dazu bei, dass alle Beteiligten offen und selbstbewusst mit dem vorhandenen Macht-, Kompetenz- und Ressourcengefälle umgehen können (siehe Rieger: „Die individuelle Basis für Partizipation: Haltung und Fachkompetenz“, 3.2 und Straßburger „Die institutionelle Verankerung von Partizipation: Strukturelle Weichenstellungen“, 3.4).

Menschen in sozialen Berufen sollten nicht nur andere befähigen, sich in gesellschaftliche und politische Prozesse einzubringen, sondern auch selbst aktiv daran teilhaben: indem sie auf Problemlagen hinweisen und diese gemeinsam mit anderen beseitigen (Ebene 4). Sie haben ein politisches Mandat.

Neben der direkten Arbeit mit Adressatinnen und Adressaten geht es also auch darum, soziale und strukturelle Ungleichheiten in der Gesellschaft zu problematisieren: Haben alle Bürgerinnen und Bürger Rechte und Möglichkeiten mitzugestalten? Sind die gesellschaftlichen Ressourcen und die Zugänge dazu gerecht verteilt? Kann jede und jeder lernen, sich selbstbestimmt zu verhalten? Sind die Verfahren demokratischer Entscheidungsprozesse gerecht und orientieren sie sich an der Lebenswirklichkeit? Fachkräfte sollen soziale Ungleichheiten erkennen und benennen, sozialstaatliche und gesellschaftliche Strukturen hinterfragen und gemeinsam mit Adressatinnen und Adressaten Alternativen entwickeln, um Lebensumstände zu verbessern.

Soziale Berufe können Deutungshoheit im Diskurs um soziale Gerechtigkeit beanspruchen. Denn welche sozialen Phänomene in einer Gesellschaft als Problem wahrgenommen werden, entscheidet sich in der öffentlichen Debatte, an der u. a. soziale Berufe, Medien und Politik beteiligt sind. Ob ein Problem als solches anerkannt wird, hängt von den aktuellen gesellschaftlichen Wertvorstellungen und politischen Interessen ab. So konnten verheiratete Frauen in der Bundesrepublik Deutschland bis 1977 nicht ohne die Zustimmung ihres Ehemannes berufstätig sein. Heute wäre das undenkbar. Aber dass

Zusammenspiel von Lebensweltexpertise und Fachkompetenz



diese Regelung Mitte der 1970er-Jahre als Problem gedeutet und abgeschafft wurde, war keine Selbstverständlichkeit, sondern Ergebnis der Frauenrechtsbewegung. Die Bewertung bestimmter Phänomene kann sich also je nach gesellschaftlicher Situation ändern, ein Phänomen ist nicht per se problematisch. Soziale Berufe sollen auf gesellschaftliche und sozialpolitische Kräfte Einfluss nehmen, um Missstände in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen.

Da es viele Einflussfaktoren gibt, die Adressatinnen und Adressaten nicht im Alleingang verändern können, haben soziale Berufe auch einen politischen Gestaltungsauftrag. Der lässt sich bspw. durch Bündnisse erfüllen, wie folgendes Beispiel einer Bürgerplattform zeigt:

In den Berliner Stadtteilen Wedding und Moabit haben sich mehrere soziale Einrichtungen – Kindertagesstätten, Jugendhilfeträger, Institutionen der Stadtteilarbeit und ein SOS-Kinderdorf – der Bürgerplattform „Wir sind da!“ angeschlossen (www.wirsindda.com). Sie kooperieren dort mit 40 sehr unterschiedlichen Gruppen wie Selbsthilfeorganisationen, Stadtteilgruppen, Kulturvereinen sowie Kirchen- und Moscheegemeinden. Sie bündeln ihre Kräfte, um die Lebensverhältnisse zu verbessern. Ein Beispiel: Die vielen Arbeitslosen in den beiden Stadtteilen beklagten sich über die extrem langen Wartezeiten und das überlastete Personal im Jobcenter Berlin-Mitte. Durch gründliche Recherchen, kreative Strategien und viel Beharrlichkeit erreichte die Bürgerplattform, dass 2009 u. a. 195 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jobcenter eingestellt und der Telefonservice deutlich verbessert wurde.

Was der Bürgerplattform gelang, hätten einzelne Betroffene nie bewirken können. Auch eine soziale Einrichtung allein wäre daran gescheitert. Erst die vereinten Kräfte ganz unterschiedlicher Organisationen und Netzwerke machten es möglich, dem gemeinsamen Anliegen Geltung zu verschaffen (siehe Renner „Gemeinsam sind wir noch stärker – Das Konzept der Bürgerplattform“, 4.5).

Fazit

Auch wenn sich die konkreten Aufgaben von Fachkräften in sozialen Berufen sehr stark unterscheiden, verfolgen sie dennoch alle ein übergeordnetes Ziel: dass jeder Mensch selbstbestimmt leben und an der Gesellschaft teilhaben kann. Ihr zentraler Auftrag lautet: Empowerment.

Partizipation ermöglicht mehr Inklusion und Handlungsfreiheit. Eine partizipative Arbeitsweise stärkt die Selbstbestimmung der Adressatinnen und Adressaten und erhöht die Qualität sozialer Dienstleistungen. Denn

dann basiert die Unterstützung nicht nur auf Fachkompetenz, sondern auch auf Lebensweltpertise.

Um konstruktiv zusammenzuarbeiten, müssen sich Professionelle ihres Machtvorsprungs bewusst sein, ihn abbauen und Adressatinnen und Adressaten in ihrer Position stärken. Auf die dafür nötige partizipative Grundeinstellung und professionelle Kompetenz gehen wir in Kapitel 3 näher ein (siehe Rieger „Die individuelle Basis für Partizipation: Haltung und Fachkompetenz“, 3.2). Auch die partizipationsfördernde Ausrichtung von sozialen Institutionen als wichtige Voraussetzung für Empowerment wird dort ausführlich besprochen (siehe Straßburger „Die institutionelle Verankerung von Partizipation: Strukturelle Weichenstellungen“, 3.4).

Der Auftrag des Empowerment hat zudem eine politische Dimension, und zwar in zweifacher Hinsicht: Zum einen sollen Fachkräfte Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und gesellschaftliche und politische Prozesse zu beeinflussen; zum anderen sollen sich Professionelle und soziale Organisationen selbst in politische Debatten einbringen, um Ursachen sozialer Probleme zu beseitigen.

Weiterführende Lektüre

Der partizipative Handlungsansatz ist keine neue Erfindung. Es gibt viele fachliche Traditionen und theoretische Grundlagen, die Gleichwertigkeit und Mitbestimmung fordern. Wer sich intensiver einlesen möchte, dem empfehlen wir folgende Autorinnen und Autoren:

Früchtel, Frank; Budde, Wolfgang; Cyprian, Gudrun (2013a): Sozialer Raum und Soziale Arbeit. Textbook: Theoretische Grundlagen. 3. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Geisen, Thomas; Kessler, Fabian; Olk, Thomas; Schnurr, Stefan (Hg.) (2013): Soziale Arbeit und Demokratie. Wiesbaden: Springer VS.

Hansen, Rüdiger; Knauer, Rainard; Sturzenhecker, Benedikt (2012): Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern! Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Herriger, Norbert (2010): Empowerment in der sozialen Arbeit. Eine Einführung. 4. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer.

Müller, Wolfgang C. (2013): Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialen Arbeit. 6. Aufl. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Rosenbrock, Rolf; Hartung, Susanne (2012): Handbuch Partizipation und Gesundheit. Bern: Hans Huber.

Theunissen, Georg (2013): Empowerment und Inklusion behinderter Menschen. Eine Einführung in Heilpädagogik und Soziale Arbeit. 3. Aufl. Freiburg im Breisgau: Lambertus.

Thiersch, Hans (2014): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel. 9. Aufl. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.